

6. I. 1918

102

## Die Freiheit des wirtschaftlichen Verkehrs.

Von L. Vay,  
Diplom-Ingenieur.

Budapest, 5. Januar.

Je länger der Krieg dauert, um so mehr hat man sich mit dem Gedanken vertraut machen müssen, daß der Kriegszustand der normale Zustand des Wirtschaftslebens geworden ist und daß man für die Friedensarbeit wieder umlernen muß. Seit Ausbruch des Krieges haben Regierungen, Behörden, Unternehmungen, einzelne Personen ihr Tun und Lassen notgedrungen immer mehr nach den Erfordernissen des Krieges und der Kriegsführung einrichten müssen. Als der Krieg ausbrach, hat zunächst eine große Anzahl solcher industriellen und wirtschaftlichen Unternehmungen, die früher keine direkten Kriegsunternehmungen waren, fast gänzlich ihre Betriebe eingestellt und dachte, in der Annahme, daß der Krieg nur einige Monate dauert, die Rentabilität ihrer Unternehmung durch Arbeiterentlassungen, durch Betriebseinschränkung retten zu können. Nur langsam wagten es unternehmende, geschickte Personen oder Gesellschaften, teilweise durch die Heeresleitung angespornt, ihre Kenntnisse und Betriebe in den Dienst der Kriegsführung zu stellen, und sie haben sich auf diese Weise sehr verdient gemacht, wenn auch unartige Beobachter in erster Reihe auf die Feststellung Wert legten, daß sie dabei verdienten. Je intensiver der unternehmende Geist für die Kriegsführung arbeitete, je größer die Erfordernisse der Kriegsführung wurden, je schwieriger die Produktion, die Beschaffung von Rohmaterial und Arbeitskräften wurde, umso notwendiger und lauter wurde das Verlangen nach Kontrolle, Organisation und möglichster Zentralisierung der Privat- und Kriegsbetriebe.

Heute sehen wir die umgekehrten Verhältnisse als in der ersten Zeit des Krieges; heute hat sich nach Möglichkeit jedes schaffende Werk, jedes Unternehmen für die Erfordernisse des Krieges eingerichtet und möchte Betrieb und Arbeiterzahl vergrößern. Die zentralisierte, manchmal leitende behördliche Kontrolle hat eingesezt, die Betriebe kämpfen um die Möglichkeit, arbeiten zu können. Das Eingreifen der Behörden in das industrielle, wirtschaftliche Gebiet der Privatunternehmungen haben diejenigen Länder am glücklichsten gelöst, die die Kontrolle nicht in negativer, sondern in produktiver Form ausüben lassen. Nur in dieser Form wird die Produktion des Landes erhöht, der schaffende Geist der unternehmenden Klasse nicht unterdrückt, und sicherlich wird ein ähnliches Vorgehen zu erstreben sein, wenn die Zeit kommen wird, da man für die Friedensarbeit umlernen muß. Eine geschickte Ueberführung der Kriegswirtschaft in die freie Friedensarbeit wird die interessanteste, schwierigste, kostbarste und dankbarste Arbeit werden.

Der immer zunehmende Einfluß der behördlichen Leitung auf die Betriebsführung der industriellen und wirtschaftlichen Unternehmungen wird wegen der notwendigen zentralisierten Verteilung der vorhandenen Rohstoffe, Arbeiter und Betriebsmaterialien lange nach dem erhofften Friedensschluß fortbestehen müssen, und die Befürchtung wird immer größer, daß hiedurch der unternehmende, produzierende Geist der Unternehmungen keine Gelegenheit zur selbständig schöpferischen Entfaltung und nicht die Möglichkeit zur gewinnbringenden Tätigkeit haben könnte, während Erwerbsgesellschaften keineswegs nur ehrenvoller alles aufbieten, um die — auch im Staatsinteresse liegende — Erhöhung oder rentablere Gestaltung ihrer Produktion durchzuführen, sondern naturgemäß bestrebt sind, aus ihrer, besonders mit Rücksicht auf die jetzigen sehr schwierigen Verhältnisse, mit Risiken verbundenen Arbeit lohnende Gewinne zu erzielen, oder zumindest mit entsprechenden Gewinnchancen zu kalkulieren. Diese Bestrebungen durch eine entsprechende Formel auf ein angemessenes Mindestmaß zu reduzieren, ohne die Unternehmungslust zu hemmen, liegt wiederum im Interesse der auftraggebenden Partei, ganz besonders wenn es sich um Staatsaufträge handelt. Obwohl keine leichte Aufgabe, gibt es dennoch genügend Beispiele für die Lösung solcher Fragen.

Mit ganz unbekanntem, unsicheren Kalkulationsfaktoren mußten Unternehmungen rechnen, als sie die Herstellung von Werken aller Art in den Kolonien oder unwirtschaftlichen Ueberseeländern im Staatsauftrag oder im Auftrage von Kolonialgesellschaften übernahmen. Keine Unternehmung wagte auf eigenes Risiko für eine einzelne Baukolonne beispielsweise einen Fabrikbau in Java oder Bergwerkseinrichtungen in Bolivien, oder Abholzungen in Brasilien, oder Bahnbau in den Kolonien zu übernehmen, es sei denn, daß der Auftraggeber für die Leistungen einen derartig hohen Phantasiepreis bezahlte, der jedes Verlustrisiko ausschloß. Dies war wieder unannehmbar für den Auftraggeber. Um teils die Unternehmer vor großen Verlusten zu schützen, teils sich gegen große Gewinne des Unternehmers zu sichern, griff man zu den Selbstkostenverträgen; man „mietete den Unternehmer“, wie dies der gewesene Staatssekretär des deutschen Kolonialamtes Erzellenz Dernburg bezeichnete. Man konnte dadurch die Erfahrungen und Fachkenntnisse der Spezialunternehmungen verwerten, statt selber Lehrgeld zu zahlen. Der Unternehmer erhält für seine Leistungen — anwendbar für Bauten aller Art, Fabriks-, Wasser-, Eisenbahnbauten und Betriebe — die tatsächlichen Ausgaben, die ihm nachweislich im Interesse der Herstellung des Werkes erwachsen, also keine Selbstkosten sind. Als Unternehmergewinn erhält er einen zu vereinbarenden Prozentsatz auf die veraugabten Selbstkosten. Durch diese Formel ist aber weder die Befürchtung des Auftraggebers beseitigt: der Unternehmer habe ein Interesse an hohen Selbstkosten, um einen hohen Prozentsatz zu erhalten, noch der Wunsch

des Unternehmers erfüllt: er müßte entsprechende Gewinnchancen außer dem geringen Gewinn des Prozentsatzes auf die Selbstkosten haben. Diesen beiden Wünschen ver sucht man durch die folgende Formel zu entsprechen: Auftraggeber und Unternehmer versuchen nach bestem Studium und bester Beurteilung der unsicheren Verhältnisse den unmöglichen Verstellungsbetrag des Wertes, beziehungsweise der Leistungen gemeinsam festzustellen und zu vereinbaren. Ergibt die Ausführung niedrigere Selbstkosten, werden also Ersparnisse erzielt, so erhält der Unternehmer außer dem vereinbarten Prozentsatz auf die Selbstkosten noch einen Anteil an den Ersparnissen (er hat also großes Interesse an niedrigeren Selbstkosten, als der festgesetzte angenommene Verstellungsbetrag). Ergibt aber die Ausführung höhere Selbstkosten, sind also Ueberschreitungen vorhanden, so muß sich daran der Unternehmer ebenfalls beteiligen und wird diese seine Beteiligung an den Ueberschreitungen von seinem Verdienst abgezogen. Der Unternehmer hat mithin — auch zum Nutzen des Auftraggebers — das größte Interesse, daß die präliminierte Höchstsumme nicht überschritten werde. In überaus schwierig zu beurteilenden Fällen pflegt man dem Unternehmer einen geringen Mindestgewinn auf die Selbstkosten zu garantieren; ebenso werden seine Höchstverdienste durch Ersparnisse begrenzt, damit er kein Interesse hat, zum Nachteil der Güte der Ausführung zu sparen, in jedem Falle hat aber der Unternehmer für das richtige technische Funktionieren des Wertes allein aufzukommen.

Im letzten Jahrzehnt vor Kriegsausbruch hat man diese Formel in europäischen und Ueberseeländern sporadisch angewandt, und zwar nach der Eigenart der Nation und der herzustellenden Werke mit entsprechenden Abänderungen. Auch hat man einige Zeit nach Ausbruch des Krieges Kriegsaufträge in Deutschland und in Oesterreich-Ungarn auf Selbstkostenbasis mit Rücksicht darauf vergeben, daß die Kalkulationsfaktoren: Beschaffungsmöglichkeit der Roh- und Betriebsmaterialien, Arbeitsverhältnisse sehr unsicher sind. Derartige Verträge haben sich im allgemeinen bewährt, nur in solchen Fällen erregten sie Mißbehagen oder führten zu Unzuträglichkeiten, wo nach Abschluß der Verträge mangels richtiger Formulierung oder Unkenntnis der Sachlage große Verdienst- oder Verlustmöglichkeiten vorhanden waren, oder der Auftraggeber im Falle schlechten Funktionierens des Wertes für die fehlenden Kenntnisse des Unternehmers selbst aufkommen mußte.

Es ist nicht daran zu zweifeln, daß bei den Riesen ausgaben, die in Zukunft für die Wieder- und Neuaufstellungen von Regierungen, Behörden, Privaten aufgewendet werden, diese Art der Selbstkostenbasis eine große Rolle spielen wird, denn dadurch werden sicherlich große Gewinne oder große Verluste vereitelt werden können, beides wichtig für Auftraggeber und Auftragnehmer. Es ist aber notwendig, daß die Verträge mit größter Sorgfalt in sachlich und sachmännisch gründlicher Weise aufgestellt werden, da sonst die vorkommenden Differenzfälle das Zusammenarbeiten außerordentlich stören würden. Wenn aber nicht diese Lösung, so werden sich andere Möglichkeiten herauskristallisieren, um den Uebergang von der jetzigen notwendig zentralisierten und unvermeidlich hemmenden Arbeitsweise zur Freiheit des wirtschaftlichen Verkehrs zu erzwingen. „Bewegungsfreiheit für wirtschaftliche Initiative und Unternehmungsgestalt ist und bleibt die Voraussetzung für den Wiederaufbau und die weitere Entwicklung der Volkswirtschaft“, meinte der gewesene Vizelanzler des Deutschen Reiches Dr. Helfferich, der bekanntlich auch erklärte, daß die wichtigste Aufgabe des Kommissärs für Uebergangswirtschaft sein werde: sich so bald als möglich überflüssig zu machen.